

Herrn Vorsitzenden
Klaus Zwickel
IG Metall Vorstandsverwaltung
Lyoner Str. 32

60528 Frankfurt am Main

Elberfelder Str. 77
42853 REMSCHEID
Postfach 10 03 62
42803 REMSCHEID

Telefon 0 21 91/4 38-31
Telefax 0 21 91/4 38-79
e-mail fwi@werkzeug.org
Internet www.werkzeug.org

3. März 2003
L/Re

Forderung der IG Metall nach der 35 Stunden-Woche in Ostdeutschland

Sehr geehrter Herr Zwickel,

die Unternehmen der deutschen Werkzeugindustrie sind überwiegend im Metalltarif tarifgebunden oder bezahlen analog diesem Tarif.

Die Werkzeugindustrie ist dabei von der Tarifpolitik besonders betroffen, da

- ihre Personalkostenquote mit etwa 37% vom Umsatz ungewöhnlich hoch ist (zum Vergleich: Automobil- und Zulieferindustrie ca. 18%).
- sie in internationalem Wettbewerb steht wie kaum eine andere Branche: 72% der deutschen Produktion werden exportiert. Umgekehrt werden 62% des deutschen Marktes durch Importe abgedeckt.
- sie fast ausschließlich aus mittelständischen Unternehmen besteht, die ja in Deutschland für nahezu 70% aller Arbeitsplätze verantwortlich sind,

Die im Fachverband Werkzeugindustrie e.V. organisierten Unternehmer haben registriert, daß ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Tarifabschlüsse wie den von 1991 und nun wieder den von 2002 erheblich geschwächt worden ist. Unsere Wettbewerber in USA hatten von 1990 bis 2000 Personalkostenerhöhungen von 33% (in Landeswährung).

Wir in Deutschland von 48%, wobei 5,7% dieser Erhöhung aus Arbeitszeitverkürzungen resultieren, von denen der Arbeitnehmer keinen zusätzlichen Wohlstand und die Wirtschaft keine Kaufkraft hatte. Unter anderem dadurch konnten unsere amerikanischen Wettbewerber 8,9% zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, während die deutsche Werkzeugbranche 6,4% Arbeitsplätze abgebaut hat. Dies trotz qualitativer Überlegenheit des deutschen Produktes und hoher internationaler Wertschätzung des Werkzeugs Made in Germany!

Die Unternehmen der deutschen Werkzeugindustrie haben weiter registriert, daß u.a. **wegen** der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in der Metallindustrie in Deutschland in den Jahren 1990-1997 ca. 1 Million Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Das von Ihnen propagierte Modell, durch kürzere Arbeitszeit des einzelnen mehr Arbeitnehmern zu einem Arbeitsplatz zu verhelfen, ist damit ad absurdum geführt. Der gedankliche Ansatz greift zu kurz:

Er greift deswegen zu kurz, weil er ignoriert, daß es in einer weltweiten Marktwirtschaft zu den (kurz arbeitenden und deswegen teuren) Arbeitsplätzen in Deutschland Wettbewerber gibt, die uns unsere Arbeitsplätze wegnehmen, weil sie wettbewerbsfähiger sind als unsere. Was zu beweisen war:

- In der Werkzeugindustrie (s.o.)
- In der gesamten Metallindustrie

haben **alle** unsere Wettbewerber auf dem Weltmarkt mehr Arbeitsplätze geschaffen als wir in Deutschland.

Deswegen: Kehren Sie um, Herr Zwickel ! Helfen Sie mit, unsere Arbeitsplätze in unserem Land wieder **wettbewerbsfähig** zu machen!

Wir brauchen — auch schon wegen der Alterspyramide, durch die immer weniger Arbeitnehmer für immer mehr Rentner arbeiten — **längere** Arbeitszeiten in **Westdeutschland** anstatt kürzere in Ostdeutschland. (Was denn auch Spielräume für Einkommensverbesserungen öffnen würde.)

Übrigens: Sind Sie sicher, daß Ihre Mitglieder Ihren Kurs wollen?

Unseres Erachtens haben die Ostdeutschen nicht 1989 in Leipzig für mehr Freiheit demonstriert, um sich jetzt von einer westdeutschen Einheitsgewerkschaft eine nicht nur sinnlose, sondern sogar schädliche Kurzarbeit aufzwingen zu lassen. Auch deswegen: Kehren Sie um, Herr Zwickel.

Mit freundlichen Grüßen

FACHVERBAND WERKZEUGINDUSTRIE e.V.
Der Geschäftsführer

Rainer Langelüdecke
für die Unternehmer der deutschen Werkzeugindustrie